

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur“, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.
Telefon: Oberbaum 78 7832.

Berlin, Februar 1932

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42.
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband für In- und Ausland 20 Pf.
inkl. Porto. Erscheint vorläufig monatlich.
Inserate werden nicht aufgenommen.

Die „eiserne“ und die „rote“ Front

Der Rettungsplan

Mit tiefen Bücklingen und verlogenen Phrasen treten die Schlächtermeister der deutschen Revolution, zusammengekuppelt in der „Eisernen Front“, wieder einmal vor die Arbeiterklasse. Und der „Vorwärts“, das Mundstück dieser Hexenkünstler, erzählt den Proleten wie aus einigen Haufen Dreck im Handumdrehen die „Eiserne Front“ zusammengeschauelt wurde. Man höre.

„Es hat keiner Propagandakünste und keiner Befehle bedurft. Ein Anstoß — wenige organisatorische Hammerschläge genügt: in Stadt und Land wuchs empor die Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur.“

Daneben erfahren die Proleten auch noch, daß der von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie tolerierte Lohnraub von den Harzburger „Reaktionären“ zur Aufstellung der Prätorianer-Garden des Herrn Hitler „mißbraucht“ wurde. Ob dieser Tatsache herrscht bei den „eisernen“ Dicksackpfeifern Neid und „Entrüstung“. Begreiflich, Proleten töteten, die das in den Augen aller „freiheitlichen und anständigen Deutschen“ schamlose Verbrechen begehen, ihren Hunger hinauszuschreiben — dieses Privileg, diese „Errungenschaft“ lassen sich die Männer der „Eisernen Front“ nicht streitig machen. Da verlangen die „demokratischen“ Zeugnissväter der Republik ihr verbrieftes Recht, das sich in dem Satze manifestiert: Die Gewalt geht vom Volke aus! „Eine Millionenarmee“, posant der „Vorwärts“, deren Existenz allein schon jeden Gedanken an einen Raub der politischen Rechte im Keime ersticken“ soll. Der Kampf gilt also — man stamme! — für die Erfüllung der Verheißungen in der Verfassung von Weimar.“ Dieselben „Verheißungen“ will auch der Trommler der nationalen Bellage, Herr Hitler, zum Sprungbrett seiner Berufsveränderung ins Reichspräsidenten-Palais machen. Da kamen die Lumpenpässe von der „Vorwärts“-Redaktion und der „Eisernen Front“ aber erst richtig in Schwung. Sie machten ein paar „organisatorische Hammerschläge“ und — Sesam öffne Dich — die „Hammerschläge“, „Eiserne Bücher“ und sonstige Utensilien der „Eisernen Front“ „wuchsen empor“. Ob der Generalstab, genannt „Hindenburg-Ausschuß“, auf die gleiche Weise „emporgewuchs“, hat der „Vorwärts“ nicht verraten. Daß dieser sich aber aus einer erlesenen Blüte „der anständigen, freiheitlichen Deutschen“ rekrutiert, läßt jeden Zweifler

ersticken, wenn er weiß, daß in seiner Mitte sich ein Gustav Noske befindet. Die Vorstellungen der „Eisernen Front“ haben jetzt, von Berlin ihren Ausgang nehmend, „in allen deutschen Gauen“ begonnen. In Berlin hat ihr ein „schmucker“ österreichischer Pater, „gekleidet in eine schlichte schwarze Priestersoutane“, den Segen erteilt: die Bande raste vor nationalstiller Begeisterung, Leipzig ist natürlich auch nationalstiller. Die haben sich denn auch ihre Leute von „linken“ Flügeln der „Eisernen Front“ verschreiben lassen. Kein Wunder, darum auch, daß dort „Geistesfreiheit“ und „Sozialismus“ Trumpf ist.

Bei der Betrachtung dieser Harlekinaden und all dem fächerlichen Getöse drängt sich die Frage auf, welchem Zweck dient dieser ganze Theaterdonner? Nun, durch die Zerstörung der bürgerlichen Mittelparteien, die neben der Sozialdemokratie die Stützen der Brüning-Regierung darstellen, wird die Grundlage für die Regierer immer unsicherer. Die Brüning-Regierung hat in letzter Zeit schon mehrmals zu verstehen gegeben, das „größere Uebel“ aus dem Sack zu lassen. Das blieb nicht ohne Wirkung auf die Sozialdemokratie. Wie sie im Kriege der treueste Vasall des kaiserlichen Militärismus und damit auch gehorsamster Diener des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg war, so macht sie auch jetzt schnell wahr, was sie immer gesagt hat: In der Treue zu ihrem Vaterlande läßt sie sich von keiner Partei übertrumpfen — auch nicht von der Hakenkreuz-Partei. Außerdem braucht die Brüning-Regierung bei den „Abrüstungs“-Verhandlungen in Genf einen starken Rückhalt. Als solcher ist die Sozialdemokratie die beste Grundlage, um sich der französischen Bourgeoisie gegenüber mit dem „pazifistischen“ Gesicht zu tarnen.

Innenpolitisch kommt noch die Wahl des Reichspräsidenten hinzu; ebenfalls läuft die Wahlperiode des preußischen Landtags in den nächsten Monaten ab. Und wenn man weiß, wie verzweifelt die Sozialdemokratie nach dem rettenden Silberstreifen am ökonomischen Horizont Umschau hält, so wird auch erklärlich, daß sie mit fliegenden Fahnen ins Hindenburg-Lager flüchtet. Der „Vorwärts“ läßt gewichtig wissen, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften vor ganz großen Aufgaben stehen. Wir verstehen, Der sich ständig steigende Raubzug des Kapitals gegen das Proletariat schafft in den Massen den unerträglichen Druck, der den revolutionären Sprengstoff zur Entladung bringen muß.

In diesem Zusammenhang wird auch die Rolle der KPD in der ganzen Breite erhellt. Jetzt zeigt sich deutlicher denn je, daß sie der Eisernen-Front-Bande seit mehr als 10 Jahren Zutriebsdienste leistet. Sie hat die Proleten in die Gewerkschaften gepöpselt, nicht, damit deren Besitzern der Stuhl unter dem Hintern entzogen wurde, wohl aber, daß die Proleten ohnmächtig der Kadaverdisziplin ausgeliefert wurden. Sie hat die Proleten von Wahl zu Wahl gejaagt, nicht, damit die gewählten „Volksvertreter“ die Reformisten und Bourgeoisie „entlarven“, wohl aber, wurde die Illusion in den Hirnen der Arbeiter gezeichnet, als wäre es möglich, aus den Schwatzbuden auch nur das geringste für die Arbeiterklasse herauszuholen. Von der „revolutionären Tribüne“ wollen wir hier ganz schweigen. Die KPD hat auch heute wieder ihren „Arbeiterkandidaten“ Thälmann — „den Kandidaten der Armen gegen die Reichen“ — schnell zur Hand. Sie zitiert geradezu darauf, das Proletariat in die frisch-fröhliche Stimmzetteltreiberei zu hetzen. Anstatt proletarische Selbsterkenntnis zu fördern, paßt sich die KPD der oberflächlichen, indifferenten Auffassung von „Armen“ und „Notleidenden“ an. Sie verleiht ihre Wahlparole mit einem Sack voll schöner Forderungen. Aber wann bewilligt denn die Bourgeoisie von 1932 Forderungen? Wenn ihr Wasser und Messer zugleich an der Kehle sitzen; wenn der Kampf um die

Die seit dem August 1930 begonnenen Abziehungen der kurzfristigen ausländischen Kredite haben zu einem Zusammenbruch der deutschen Notendeckung geführt. Die Gold- und Devisenvorräte der Reichsbank sind allein von Ende Mai bis Ende Dezember 1931 von 2,58 auf 0,53 Milliarden Reichsmark zurückgegangen. Dabei sind selbstverständlich die von der Reichsbank und der deutschen Golddiskontbank aufgenommenen Kredite in Höhe von zusammen 150 Millionen Dollar abgesetzt, deren Verlängerung von Zeit zu Zeit nur unter schweren Bedingungen erreicht werden kann. Die freie Gold- und Devisenreserve der Reichsbank belief sich Ende Dezember 1931 nur noch auf rund 526 Millionen Mark. Sie sinkt ständig infolge der weiteren Abziehungen, so daß praktisch Ende Dezember die Deckungsquote des Umlaufes an Reichsbanknoten 11 Prozent betrug. Wenn man also in diesem Zusammenhang von einem Zusammenbruch der Deckung des Notengeldes spricht, so wird dies durch die Tatsachen voll auf bestätigt.

Die gleichen Erscheinungen haben sich auch innerhalb des deutschen Kreditbankensystems gezeigt. Nach außen trat die Katastrophe durch den Kassenrun vom 13. 7. 1931 zutage. In der Zeit vom Oktober 1930 bis Oktober 1931 haben die deutschen Kreditbanken Einlagen in Höhe von 5 Milliarden verloren. Das ist ein Rückgang von 27,2 Proz., während die Ausleihungen nur um 3,1 Milliarden, d. h. um 18 Proz. vermindert wurden. Bei den Sparkassen zeigte sich in den Monaten Juni bis November eine Verminderung der Sparkasseneinlagen um 142 Millionen Mark. Durch diese Entziehung der dem Bankkapital von allen Bevölkerungsschichten zur Investition in der Wirtschaft zur Verfügung gestellten Gelder wurde der gesamte Kreditapparat der deutschen Wirtschaft auf das Schwerste erschüttert. Dies ergibt sich schon aus der Notwendigkeit der Verminderung der Ausleihungen in der Zeit vom Oktober 1931 bis Oktober 1931 um 3 Milliarden und in der Inanspruchnahme der gesamten Reserven, um die weiteren Entziehungen von ungefähr 2 Milliarden auszugleichen. Es rächte sich dabei bitter die auf Grund der Erfahrungen aus der Inflationszeit bei den deutschen Mittelstandskapitalisten begründete Flucht aus der festverzinslichen Anlage in die reine Depositionslage. Der deutsche Kapitalist wollte nicht mehr das Risiko für die Wertpapierreisung übernehmen, weil er befürchtete, daß er nach einer Inflation nur Aufwertungsbeträge in geringer Höhe erhalten würde. Er wälzte daher das Risiko auf die Großbanken ab, die ihrerseits die Flucht aus dem Wertpapier durch das Angebot von hohen Zinssätzen begünstigten und auch begünstigen mußten, weil der ungeheure Kreditbedarf der im Aufbau begriffenen deutschen Wirtschaft eine schnelle Versorgung verlangte. Es war eben praktisch nicht möglich, nach einer Inflation die alte Basis der Kreditschöpfung wieder herzustellen, die im wesentlichen darin bestand, daß das Großkapital das Risiko für seine Investitionen in die Wirtschaft auf die kleineren und mittleren Bürgertum abwälzte.

Die Umwandlung von Geld in Kapital vollzog sich so unter dem rechtlichen Risiko des Bankkollapses selbst. Es standen sich gegenüber die Banken freiliegenden Gelder, die jederzeit oder zu bestimmten kurzfristigen Terminen rückzahlungs-

revolutionäre Diktatur droht, nur wenn sie hoffen kann, sich dadurch selbst das Leben zu retten und Teile des Proletariats noch einmal zu bestechen; — dann bewilligt die Bourgeoisie vielleicht kleine Abschlagzahlungen.

Die KAPD ruft dem Proletariat zu: Die Klassenfront des Proletariats wird nicht errichtet durch die Abgabe eines „roten“ Stimmzettels, sondern durch die Schaffung der organisatorischen Einheit in den Betrieben und Stempelstellen. Es gibt in der Phase der entscheidenden Kämpfe keine dem Proletariat und der Bourgeoisie gemeinsamen Mittel und Einstellungen mehr. Wahlkampf heißt Kampf gegen Wahlbeteiligung!

Eine Fieberskala am Krisenherdemonster

Die Schwindsucht in den Berliner Betrieben.

Wir lassen nachfolgend eine Reihe Berliner Betriebe Revue passieren, um daran zu zeigen, in welchem Verhältnis nominell die Belegschaften heute zu früher stehen.

Es waren noch beschäftigt:		
Berlin-Karlshagen Industriewerke	1759	jetzt 300
A. Borsig, Tegel	3522	632
Stahlwerk Hennigsdorf	1911	817
C. Flor, Wittenau in Berlin	1305	517
Bergmann, Rosenthal	5017	2582
AFG-Konzern (17 Werke)	34080	21893
Siemens-Schuckert	25485	14361
Siemens-Halske	20664	14735
Keyling & Thomas	873	—
Dr. Paul Meyer	975	—
Bergmann, Secatz	2908	w. stillgel.
Bergmann, Hennigsdorfer Str.	1915	zus. 1200
Schwarzkopff, Scheringstr.	1371	500
Schwarzkopff, Wildau	1533	700
Orenstein & Koppel, Spandau	1386	725
Eisenblecherei Hartung	546	205
Daimler-Motoren-Werke Marienfelde	1000	176

Inzwischen ist die Zahl der Beschäftigten noch weiter gesunken. Die Katastrophe am Arbeitsmarkt wird auch in der nächsten Zukunft eine weitere Verschärfung erfahren. Das Legionen-Heer der zum Verhungern verurteilten wird also immer gewaltiger. Die Elementar-Frage proletarischer Klassenpolitik lautet daher: Kampf um den Kommunismus oder schleichender Untergang. Die rasende Pauperisierung des Proletariats läßt kein Ausweichen vor dieser Entscheidung zu.

pflücht waren und das von den Kreditnehmern investierte Kapital, das in der Wirtschaft also sowohl in der Produktion als auch in der Konsumtion festgelegt war. Wegen ihrer Rückzahlungsverpflichtung mußte das Bankkapital darauf achten, daß die Kredite auch nur kurzfristig liefen. Diese Kurzfristigkeit war praktisch eine Fiktion, weil sich das geliehene Geld nicht wieder realisieren ließ.

Während also in der Vorkriegszeit der kapitalistische Rentner der Typus des Kapitalisten zu werden schien und Lenin diese Form der Entwicklung als eine dem Monopolkapitalismus innewohnende parasitäre Entartung erschien, brachte die kapitalistische Entwicklung in der Kriegs- und Nachkriegszeit mit ihrer ungeheuren Ausweitung der öffentlichen und privatkapitalistischen Verschuldung keine erhebliche Gefährdung des Rentnerkapitalismus aus der permanenten Krise der kapitalistischen Ordnung selbst. Der kleinere und mittlere Kapitalist will das formelle Risiko für das angelegte Kapital nicht mehr übernehmen und beschränkt sich lieber mit einem geringen Zinssatz, indem er auf die Güte der Großbanken vertraut. Das Bankkapital seinerseits sucht wiederum Rückendeckung bei der Reichsbank bzw. bei den Zentralnoteninstituten, so daß praktisch das Risiko wieder auf die Steuerzahler abgewälzt wird, die durch dauernd erhöhte und sich steigende Steuern das Risiko der Krise übernehmen. Deshalb jagt eine Notverordnung die andere. Der Staat ist durch die Entwicklung das kapitalistische Zentrum und damit auch das Krisenzentrum geworden. Er wird so zwangsläufig zum offenen Träger der Unterdrückungsmaschine gestempelt. In seiner Frühzeit ihm gegebenen Tarnungsmöglichkeiten sind restlos gefallen.

Die Lebensform dieser Funktion ergibt sich ganz klar aus den Maßnahmen, die der Staat zur Behebung der sog. Krisen bekämpft, getroffen hat. Es wurde versucht, die Flucht ins Ausland durch allgemeine Bankenschließung, Stillhalteabkommen und Devisenwirtschaft zu hemmen und so den Staat zum Herrn über die in- und ausländische Kreditwirtschaft zu machen. Gleichzeitig übernahm derselbe Staat die Garantie für die Depositionen bei den Großbanken, die im stärksten Umfange auf Grund der Depositionenlagen zu einer „Kreditschöpfung“ geworden waren. Dies geschah bei der Danabank in der Form der Einlagegarantie, bei der Dresdner Bank durch Kapitaltransaktion und bei anderen Depositeninstituten durch Subventionen oder ähnliche Hilfe.

Das Ergebnis war eine ungeheure Hereinnahme von sog. Finanzwischen, hinter denen absolute keine Deckung stand. In der Zeit vom Mai bis Dezember 1931 erhöhte sich der Wechselbestand der Reichsbank von 1,8 auf 4,9 Milliarden Mark. In dieser Ziffer und in dem gleichzeitigen Abziehen von Devisen und Gold in Höhe von 2 Milliarden Mark zeigt sich am klarsten die Abwälzung des Risikos der Wirtschaft in der Krise auf die Reichsbank, die in dem weiteren Verlauf dieses Risiko auf den Steuerzahler, d. h. auf das Proletariat übertrug hat. Diese Übertragung erfolgte in der bekannten Form der Lohn- und Preispolitik der Regierung, durch die aber, wie Wagemann mit Recht erklärt, „immer weiter fortschreitende Defizitwirtschaft der Unternehmungen, wie der öffentlichen Hand zum Ergebnis hat“.

Der Plan, den Wagemann demgegenüber aufstellt, hat eine doppelte Tendenz: Die Reichsbank soll zur Zentrale des gesamten deutschen Wirtschaftsaufbaus werden. Als ihre Aufgabe wird die Lenkung der Wirtschaft durch die Gestaltung und Kontrolle der in der Wirtschaft zu gebenden und von ihr aufzunehmenden Kredite betrachtet. Sie ist als Ausgleichszentrum der Konjunkturschwankungen, als planwirtschaftliche Zentrale gedacht. Das Wort Planwirtschaft darf aber nicht in dem russischen Sinn aufgefaßt werden. Wagemann will keine Produktionsplanwirtschaft, sondern eine Kreditplanwirtschaft. Diese Kreditplanwirtschaft soll ihrerseits auf einem neuen Aufbau des festverzinslichen Rentenmarktes beruhen. Wagemann

will, daß wieder, wie in der Vorkriegszeit, der kleinere und mittlere Kapitalist sein Geld verzinslich auf lange Frist anlegt und damit wiederum eine Entlastung des Risikos der Reichsbank herbeigeführt wird. Die Methode, das Defizit der öffentlichen und privaten Unternehmungen restlos auf den Steuerzahler abzuwälzen, bedeutet in der Praxis eine immer weiter fortschreitende Stilllegung der Betriebe durch die Einkommensentziehung (Stößen der Kautskis). Außerdem wurde das damit verbundene ungeheure Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu einem ungeheuren politischen Störfaktor. Die Politik der Herabsetzung der Löhne und teilweise auch der Preise führte zu der Notwendigkeit einer zu krassen direkten Besteuerung. Sie veränderte auch gleichzeitig die mit der Krise einsetzende sofortige Aufsaugung des kleineren und mittleren Kapitals für die Zwecke des Großkapitals und setzte an deren Stelle die allmähliche und langsame Expropriation der kleineren und mittleren

„Spartakus“

Die Zeitschrift für Kommunismus, die die Parteipolitik der Kommunistischen Arbeiter-Partei in der Tschechoslowakei und Österreich propagiert, erscheint jetzt auch in deutscher Sprache. Der Preis des zwölften Heftes ist 10 Pfennig.

Bestellungen nimmt in Deutschland entgegen die BUCHHANDLUNG FÜR ARBEITER-LITERATUR, BERLIN SO 36, LAUSITZER PLATZ 13

Kapitalschichten. Dadurch wurde die schnelle Erholung des Großkapitals von seinen Verlusten durch die Krise verzögert. All diesen Mängeln soll durch den Wagemannschen Plan abgeholfen werden. Die bei der Reichsbank vereinsten Kredite der öffentlichen Hand und der Großindustrie und des Bankkapitals werden durch eine langfristige Anleihe von 3 Milliarden Mark abgelöst, die von der öffentlichen Hand garantiert wird. Dies nennt er Umschuldung der kurzfristigen Verschuldung der öffentlichen Hand. Weiter schlägt er vor, eine Umstellung des Bankensystems und zwar durch juristische und banktechnische Trennung zwischen Depositenbanken und Kreditbanken. Die Depositenbanken werden Notgeld und zwar lediglich inländisch, denen die Reichsbanknoten als Auslands- und höherwertiges Geld gegenübergestellt. Er nennt das Depositengeld das Giralgeld, für das er auch eine besondere Deckung vorgeschreibt. Gleichzeitig läßt er durch die Möglichkeit einer Erweiterung des Geldumlaufes eine Inflation zu, die sich aber praktisch als Inflation nicht bemerkbar macht, aber immer Inflationstendenzen bleibt. Ob sie dazu wird, richtet sich nach den jeweiligen Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft. Diese Frage ist für die Schaffung des Giralgeldes von keiner wesentlichen Bedeutung. Der Zweck ist vielmehr der Zwang zur festverzinslichen Anleihe der Depositenbanken, welcher durch Konstruktionsschema und verschiedene finanzielle Vorteile erreicht werden soll. Die Einzelheiten interessieren in dieser Beziehung weniger. Maßgebend ist lediglich das Ziel der Entlastung der Reichsbank durch eine andere Verteilung des Einkommens der Krise. Dadurch soll dem Großkapital von neuem eine Ausdrücksmöglichkeit mit finanzpolitischen Kniffen geschaffen werden.

Daß diese Lösung keine Lösung ist, dürfte unzweifelhaft sein. Es ist vollkommen unmöglich, den Aufbau einer Rentner-schicht, deren Existenzmöglichkeit durch die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft selbst wegen ihrer permanenten Krisencharaktere nicht möglich ist, künstlich zu schaffen. Man kann die Weltgeschichte nicht wieder rückwärts drehen und irgend einen Zustand suggerieren, der nur noch als gute alte Zeit im Gedächtnis einiger Illusionspolitiker der Bourgeoisie

vorhanden ist. Die kapitalistischen Widersprüche lassen sich nicht durch eine Kreditplanwirtschaft auflösen. Das „chronische Defizit“ bleibt. Seine Überwindung kann nur durch den Aufbau der kommunistischen Wirtschaft erfolgen.

Sofistische Rundschau

Der Krieg im fernsten Osten

„Das Versagen des Völkerbundes ist geradezu katastrophal“, jammert der „Vorwärts“, während die Weltab-rüstungskonferenz in Genf tagt und große Thränen vom Stapel läßt, die doch nur die Ohnmacht des Völkerbundes beweisen, krachen im fernsten Osten die Bomben auf Schanghai. Der Völkerbund erklärte sich als machtlos, den Konflikt zu lösen. Selbst die „ganze internationale Presse der Sozialdemokraten und Pazifisten müssen dies heute feststellen. Sie können nach dem Ereignis in China heute nicht mehr den Völkerbund in seinem wahren Lichte verschweigen. Und mit hysterischem Geschrei klammern sich diese Kleinbürger nun an diese Welt-ab-rüstungskonferenz, die ein „Machtwort zu sagen“ hat. Sie soll alle Länder veranlassen, „die Wirtschaftsblokkade gegen den Friedensbrecher Japan“ zu verhängen, denn „sonst gegen den Glauben an die Menschheit und die wirklichen Aufgaben des Völkerbundes bei Millionen Menschen verloren“. Also der Völkerbund „soll aus seiner Passivität heraus und ein Macht-wort sprechen“, so klingt es aus den Spalten der sozialdemo-kra-tischen Presse. — Die japanischen Imperialisten haben ihre Wünsche und Pläne, die sie seit Jahren hatten, die Mandschurei zu annektieren, durchgeführt. Sie wählen dazu auch den geeigneten Moment für ihre Aktion, jetzt, wo die kapitalistischen Staaten wie England und Amerika von der Weltkrise schwer betroffen sind, genau so wie während des Weltkrieges, wo sie den richtigen Zeitpunkt zu wählen verstanden, um China den mandschurischen Vertrag aufzuzwingen. Die Japaner hielten China von jeher mit Erfolg in einem Zustand der Zerrissenheit und stützten sich dabei auf die Claqueurkämpfe der chine-sischen Generale. Der japanische Imperialismus versieht nun der Nankingregierung die Unterstützung und den Verzicht auf die Mandschurei zu entziehen, indem er einen Schlag gegen Schanghai führt, gegen den Hafen, der die wichtigste Einkunftsquelle Chinas ist. Der Sieg Japans aber würde eine Verschiebung der Machtverhältnisse in Ostasien bedeuten, so daß alle anderen kapitalistischen Mächte ihre Entschädigungsansprüche geltend machen würden. Es würde ein Schachern und Handeln beginnen, das die Gefahr des Konfliktes unter den Beutemächern in sich tragen würde. Der Zweck des imperialistischen Mächte, Japan voranzuschicken, ist letzten Endes ihr langgesuchter Wunsch, China endgültig unter sich aufzuteilen.

Die Kanonen, die von den japanischen Schiffen auf Schang-hai heulen und die Bombenflugzeuge, die ihre verheerende Tätigkeit ausüben, gerade zu einer Zeit, wo in Genf eine „Ab-rüstungskonferenz“ tagt, die sich als ohnmächtig erweist, zeigen, wohin der Weltimperialismus steuert. In dem Feuer des o-siatischen Krieges kristallisieren sich die Gegensätze der kapitalistischen Welt, die keinen Ausweg mehr findet aus der gegenwärtigen Weltkrise.

Der japanische Imperialismus verfolgt seine Interessen in der Mandschurei mit aller Konsequenz. Er stützt sich dabei besonders auf die Sympathie des französischen Imperialismus. Japan stößt im Norden ebenfalls vor und hat die wichtigsten Plätze an der ostchinesischen Bahn, die zum größten Teile in japanischer Hand ist. Die Besetzung Charbins, das der wichtigste Knotenpunkt der russisch-chinesischen Ostschina-bahn ist, steht bevor. Mit der Besetzung dieser Stadt würden russische Interessen verletzt. Nach Pressemeldungen hat Rus-

B2

land sogar den Japanern die Genehmigung gegeben, die japanischen Truppen auf der Ostschinabahn zu befordern. Des Ratsels Lösung könnte man in zwei Meldungen finden, die bisher unwidersprochen geblieben sind. Nach boljewistischen Blättern bestand zwischen den Japanern und Sowjetrussland eine weitgehende Verständigung über das Eingreifen in der Mandschurei. Diese Meldung wird auch bestritten durch eine Mitteilung in der deutschen Presse, die zu berichten weiß, daß in Tokio ein Angebot der Sowjetregierung, in Japan eine Anleihe aufzunehmen, die besonders garantiert werden soll, vorliege. Man kann auf Grund dieser Meldungen, die Haltung Russlands verstehen, die Verwicklung in einen Krieg würde nämlich die ganze sozialistische Aufbauarbeit des Fünfjahresplans, der so-wieso in seinem kritischen Stadium sich befindet, über den Haufen werfen. Die Durchführung des Fünfjahresplans setzt voraus, daß Russland sich in keine kriegerischen Konflikte ein-lassen kann. Wir sehen dies ja auch an dem Aufgeben der „chinesischen Sowjetprovinzen“, von denen die KPD-Presse ein Jahr lang ihre Leser begeisterte, sowie dem Abschieben der sogenannten „Nichtangriffsverträge“ Russlands mit den meisten Randstaaten, sowie Frankreich usw., in denen als letzter Punkt jedes der vertragschließenden Länder sich verpflichtet, auf jede Propaganda gegen eines der Länder zu verzichten.

Herrn mit der roten Larve!

Deutlicher als in den Axtationsblättern, die für die Partei-reuten gemacht werden, enthält sich der wahre Charakter des heutigen Bolschewismus in den einschlägigen Organen, die zur Informations der „Kreise“ usw. dienen sollen, z. B. in der „Moskauer Rundschau“. Woche für Woche wird das da natu-rlich gewisse „Schuldenscheine“ überschüttet und man hat den Eindruck, daß der Fünfjahresplan der Granatfabrikation eine Belebung der europäischen Außenpolitik dringend gebrauchen könnte. Die Nummer vom 13. Dezember spricht den wahren Sinn der „nationalen und sozialen Bedeutung“ aber schon g-a-z-a deutlich aus. Da heißt es in einem Artikel zur Londoner Schuldenkonferenz:

Entweder wird man auf dieser Konferenz versuchen, die allgemeine Pleite einzuziehen und die ganze kapitalistische Branche sozusagen sanieren oder diese Konferenz wird von der geschichtlichen Entwicklung einfach ad acta gelegt werden. Die größte Gefahr Deutschlands liegt in diesem allgemeinen Charakter der Konferenz und diese Chance darf sich Deutschland — in aller Courtisane sei es ihnen Leuten re-gist — nicht entgehen lassen, wenn es noch seine nationale Unabhängigkeit bewahren will. Diese Versuche, den deutschen Nationalismus, der ohnehin der größte der Welt ist, noch mehr aufzustacheln, gehören recht sonderbar. Die demagogische Ausnutzung des Rosa-riekonflikts zu nationaler Verbitterung und Umnebelung der Geirne sollte doch das Monopol Hitlers sein, der die Massen darüber hinwegführen will, daß sein „antidemokratisches Be-wegung“ mehr Geld kostet als die Reparationen, die ohn-dies nicht gezahlt werden. Was wollen eigentlich diese sonder-baren „Kommunisten“? Warum sind sie hitlerischer als Hitler? Nun, weiter unten wird der russisch-chinesische Konflikt

Deutschland steht am Vorabend der Londoner Konfe-renz am Scheidewege. Ohne revolutionär zu sein, könnte es sich zu einer Tat aufrufen. In diesen Jahren wurde das Denken der Arbeiterbewegung durch die „nationalen Be-lustigungen“ geleitet. Wie wäre es mit einer Nachahmung? „Ohne revolutionär zu sein, präzt dir das gut ein, KPD-Re-kant! Ausgesendet wird die „soziale Befreiung“ und nur die nationale bleibt übrig! Wollen wir die „nationale Befreiung“ unserer Bourgeoisie? Nein! Wir wollen ihre nationale und internationale Niederwerfung! Die Niederlage des deutschen Vaterlandes ist der revolu-tionären Klasse einleuchtend. Das hat Lenin gesagt. Den dunklen Elementen, die im Interesse des russischen Granatengeschäfts die deutschen Proletariat auf die Schlachtfelder des Imperia-lismus treiben möchten, rufen wir zu: Faschisten! Herunter mit der roten Larve!

Augen . . . rechts!

Die Demokratie der Hindenburgrepublik bestand in den letzten Jahren in der Hauptsache darin, daß sie es verstanden hatte, daß in der Verwaltung und sonstigen Behörden (außer den Polizeidirektoren der sozialdemokratischen Bezirke) den üblichen Kasernenoffizieren des Kaiserismus zu vermeiden. Sogar die Arbeitslosen wurden in die Kasernen eingeworfen, geistlich die nächste Stufe der Instanzenskala genannt, die jeder notwendig spießerleuten muß, um in den Besitz seiner paar Beilegenen zu kommen, auf die er laut Weimarer Ver-fassung ein Anrecht hat, das aber nicht ausreicht. Der Hugenbergmann Götter hat in seiner Eigenschaft als Sparrkassamann einen Erlaß an die Arbeitsämter gerichtet, in dem er beauftragt, daß auf den Arbeitslosen zivil Hölle-keit betrieben wird, ferner die Begriffe „Krisen- und Ver-schuldung“ und vor allem, daß die Arbeitslosen auf die Krisen- und Wohl-fahrtsunterstützung hingewiesen werden usw. usw.

Der Erlaß beginnt schon jetzt auf den Stempel und Zeit-stellen zu wirken. Es wird nicht lange dauern und man wird statt der Erwiderung des Grußes mit „Maulhaften, Stillstan-den“, „angedornert werden, oder daß einem das Schalter-fenster die Nasenspitze abhackt. Schließlich ist das aber nur richtig, daß auch die Demokratie der Phrase abgebaut wird. Den Proleten muß die Illusion genommen werden, daß sie im Kapitalismus mehr als Hunde selten, die man mit Fußtritten traktiert. Der Faschismus hat die wichtigsten Positionen in Staat und Gemeinde durch seine Schrittmacher besetzt und probt mit Erlässen und Verordnungen aus, in welchem Tempo sich die Proletariat in die Rekorten- und Sträflingsrolle hinein-finden, die für das rechte faschistische System unerlässlich ist. — Versuch macht klug.

Die Einheitsfront unter der schwarzen Sensenlähne

Sie hat sich kürzlich auf einem Reichs-Bauernkongress unter der Schirmherrschaft der KPD konstituiert. Die Bedeutung eines solchen Kongresses auf die Entfaltung der revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse selbst selbst die Proleten in der KPD den kleinbürgerlichen Sinn und Inhalt erkennen lassen, wenn sie den nachfolgenden Bericht der „Internationalen Presse-Korrespondenz“ Nr. 7 entnehmen lassen würden. In diesem Bericht heißt es über die strukturelle Zusammensetzung der Delegierten:

Nach der Überlegenheit zu Parteien und Organisatio-nen boten die von 320 bürgerlichen Delegierten auf 108 Geblits- und Bezirkskonferenzen ausgewählten und auf den Kongress entsandten Vertreter ein sehr bunte Bild. Sozial-demokraten, Bauernpartei, Kommunisten, ein National-sozialist, Bauern des Landvolkes, des Christlichen Bauern-vereins, der Deutschen Bauernschaft, der Landvolksbewe-gung, des faschistischen Wehrworts usw. waren neben Ver-trägern des revolutionären Reichsbauernbundes versam-

Luxemburgismus und Leninismus

Im Januar wurden es 13 Jahre, seitdem republikanische Schergen mit intellektuellem Antriebe der Sozialdemokratie Rosa Luxemburg meuchlings erschlugen. Mit Scham vor dem Munde hatte der „Vorwärts“ in dichterischen Versen zum Mord aufgefordert. Trotzdem ist das, was diese große Tote in Theorie und Praxis geleistet hat, heute unter der Arbeiter-klasse lebender denn je.

Eine solche geschlossene Einheit von Mensch und Werk läßt sich auch nicht in das scholastische Schema der Kremel-schen Theorie von Leninismus und Stalinismus einfügen. Um so weniger, weil Rosa Luxemburg, sowohl als Kämpferin wie theoretische Größe, in dem Herzen des internationalen Proletariats eingeschrieben ist, und so dem moskowschischen Götzendienst Stalins und der Heiligsprechung Lenins großen Abbruch tut. Die selbständigen kritischen Leistungen dieses feinen

Dokumente

von größter politischer Bedeutung für den Kampf um die revolutionäre Ideologie der Arbeiterklasse enthält die Broschüre von Rosa Luxemburg:

„Die Russische Revolution“

— 25 RM

Mit prophetischem Blick wird in dieser Broschüre auf die Fußfahnen hingewiesen, die den Verlauf der russischen Revolution und den Weg der III. Internationalen entscheidend beeinflussen haben.

Versagt blieb es der ermordeten Kämpferin der proletarischen Revolution, ihre Voraussagen in der heute vorliegenden Entwicklung der Theorie und Praxis der III. Internationale bestätigt zu finden. Diese Resultate sind geschichtlich aneinander gereiht und beleuchten besonders grell die Doppelzüngigkeit der KPD in der Broschüre

„Die KPD. Im eigenen Spiegel“

— 75 RM

Bestellungen an die BUCHHANDLUNG FÜR ARBEITER-LITERATUR, BERLIN SO 36, LAUSITZER PLATZ 13

Kopfes sind den Hohenpriestern des Gottes Lenin, mit seinen absoluten Wahrheiten letzter Instanz, ein Scheusal und Greuel. Das macht sie der III. Internationale verfaßt genug, um dem Banalgen gegen die Ketzlerin zu trotzen.

Aber wie alles, so hat auch dieser theoretische Meuchelmord seine materielle Basis. Die Schwereitungen des Aufbaues in Russland häufen sich trotz allem Enthusiasmus. Eine starke Opposition tritt immer kühner gegen die Wirtschaftspolitik auf. Sie soll mundtot gemacht, und vom Parteitag der russischen KP ferngehalten werden. Nach außen wird eine geschlossene Einheit demonstriert. Die KPR ist eine militärische Organisation. Der Höchstkommandierende Stalin ver-öffentliche zur Eröffnung der Kampagne einen wüsten Brief gegen den fast unbekannten Stutzi, weil er an die Unfehlbarkeit des Papstes Lenin in der Frage der Spaltung der deutschen Sozialdemokratie der Vorkriegszeit und die Rolle der Linken um Luxemburg-Mehring zweifelnde Kritik hegte. Ausgerechnet Stalin spielt sich als Großsegebewahrer bolsche-wistischer Tradition auf. Er, der noch 1917 auf der März-sitzung der ZK die Bolchei-Gruppe, einer das Vorrecht des Menschewiki Zorelli sich mit den russischen Vaterlands-verteidigern wieder vereinigen wollte.

Es wäre ein leichtes gewesen, den vorlauten Historiker Stutzi auf administrativem Wege still und gründlich für immer kalt zu stellen. Doch als Ablehnungsmanöver bot der Kampf

met. Nicht minder bunt die soziale Zusammensetzung der Delegierten, einige Arbeiter, dann die Mehrzahl Zwerge- und Kleinbauern, kleine Pächter, ein Drittel Mittelbauern, einige Kleinverwerbetreibende und Intellektuelle wie auch drei Kulkewer.

Die sehr bunte Zusammensetzung dieses Kongresses hinderte nicht, daß eine Einkünge auf folgenden Generalität erzielt wurde: „für Arbeit und Brot, Boden und Freiheit, für die soz. und nationale Befreiung, für die Arbeiter- und Bauern-Regierung.“ Die Politik der „doppelten Buchführung“ war keineswegs eine der Brandler- und Rütli-Fischer-Führung anhaftende „Entartung“, sondern sie gehört zum ABC der KPD und der ganzen III. Internationale. Vor dem Proletariat offen die Forderung nach der Arbeiter- und Bauern-Regierung zu vertreten, wagt heute nicht einmal die Bolchei-Gruppe, einer das Vorrecht des Menschewiki Zorelli sich mit den russischen Vaterlands-verteidigern wieder vereinigen wollte.

Wie wenig ein solcher Paradoxkongress mit den wirklichen Interessen der Industrie- und Landarbeiter gemein hat, kommt selbst in dem Bericht zum Ausdruck, worin es heißt: „Die Frage der gemeinsamen Aktion der Landarbeiter und der wirklichen Bauern wurde ebenfalls nicht in der Reform- und durch den Vertreter des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter vor den Kongress gestellt — von den Delegierten selbst in den Diskussionen fast nicht mehr behandelt.“

Das ist nichts zufälliges, sondern beweist nur, daß die Interessen der „Boden und Freiheit“ und „Aggen Zinsen und Steuer-lasten“ kämpfenden Bauern keine Kampfbegriffe der nach Auf-bebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln trach-tenden Landarbeiter sein können. Nicht durch die Überzäh-er einer schwarzen Sensenlähne“ des Landvolksführers v. Salo-mon von Bauernkomete Krenpehede, schließt die historische Stunde für die Industrie- und Landvolksarbeit, sondern wenn die geeinte Arbeiterklasse von den Schächtern, Fabrikanten, Kontoren und Rüttelgeräten aufsteht im Kampf um die Räteherrschaft, um die kommunistische Bedarfswirtschaft!

zeigen die Abweichungen von den leninistischen Glaubensartikeln eine günstige Gelegenheit. Wie ein Schwärm hungriger Hornissen stürzen sich nun die gefälligen jungen Leute, denen Politik mehr Geschick als Gesinnung ist, auf die Generalität, um sie nach verborgenen Stellen abzusuchen. In der „Inprekorr“ kommen gleich ein paar Dutzend arme Schlucker aus Brett. Ihre abweichende Meinung ist sündhafter Anti-Leninismus, ihre selbständige Auffassung ist Zentrismus und fauler Liberalismus. Dem Luxemburgismus und Trotzkismus und dem, was man sich darunter vorstellt, wird als halbwissenschaftlicher Un-mixturismus der schärfste Kampf angesagt. Rosa Luxemburg wird wie ein toter Hund behandelt und ihr Lebenswerk als eine fortlaufende Kette von Fehlern und Irrtümern hingestellt. Der Stahlbrief war aber auch das Signal für die Sektionen der Komintern in ihren Ländern zum Sturm gegen sogenanntes Versöhnertum und den Halbwissenschaftler zu blasen, wobei sie sich in wüderloser Weise zu überbieten suchten.

Das ZK Polens legte als Weihnachtsgeschenk dem Väterchen Stalin eine Resolution „zur Überwindung der ideologischen Erbschaft des Luxemburgismus“ zu Füßen. Die großen Leistungen Luxemburgs in der und für die polnische Arbeiterbewegung werden als „gefährlicher Opportunismus“ mit einem Fußtritt erledigt. Für die KP Polens, diesem zer-fahrenen Häuflein, ist der Luxemburgismus das Grundübel aller ihrer Dummheiten und Fehler. Es ist das Wischwort, an dem man in pharisaischer-selbstgefälliger Weise sich die Finger abwischt, um von der Stalinschen Gnadenstunde beschienen zu werden.

Hinter dem polnischen ZK will die deutsche KP nicht zurückbleiben. Als einziger Massenpartei der III. Internationale (außer der KPR) läßt sie den Befähigungsnachweis ihrer Linientreue ganz besonders beweisen zu müssen. Das ZK schielt eifrig — ängstlich nach Moskau wie dort gebusst wird, um den Linienanschuß nicht zu verpassen. Und hat es den richtigen Tip ertast, wird die Partei mit aufgekramten Aermeln an die Arbeit gelegt. Diese eifrigen Kostgänger sind auch die-gehoramsamen Pudel der III. Internationale. Ohne geschichte, selbständige Gedanken überspitzen sie die zuge-rufenen Parolen ins Groteske und wenn nachher der An-schauer von Moskau kommt, werden ein paar Unangenehm-keits-Sündenböcke in die Wüste geschickt, wie bei der Parole der Volksrevolution.

Es ist begreiflich, daß für solche Politikanten der Stalin-Brief ein gefundenes Fressen war, eine gelehrte Unterfertigung zu beweisen. Unter der Firma Thälmann bekannte sich das ZK und die Partei als reuiger Ständer in den Fragen der Theorie. Gleichzeitig bezug ein eifriges Ausrichten der Linie von den rechten Abweichungen, denen als Überreste des Spartakismus und Luxemburgismus mit glühendem Eisen das Schandmal aufgetragen wurde.

Am tollsten machte es die „Rote Fahne“, die in geradezu perverser Weise, wenige Tage vor dem 13. Todestag von Rosa, einen Giftbrief nach dem anderen gegen ihr Lebenswerk ab-schob. Als „Halbmenschewismus“ habe sie keine Ahnung von den Gesetzen des Kapitalismus, und eine „mechanistische Auf-fassung vom Zusammenbruch des kapitalistischen Systems“ gehabt. In den Fragen der „Stellung zur Revolution, zur Rolle der Partei, zur Bauernfrage, zur Theorie des Imperialismus, zur nationalen und Kolonialfrage, zur Frage der proletarischen Diktatur, habe sie vollständig versagt.“ Dieser ihr „Zentrismus und Opportunismus habe die Politik des Spartakusbundes be-einträchtigt.“ „Seine Nachwehen wurden zum wichtigsten Homnis für die Entwicklung und den Sieg der revolutionären Bewegung des deutschen Proletariats.“ Das ist die Einschätzung dieser politischen Bravos in der Redaktion der „Roten Fahne“. Die trotz ihrer geringen Beschimpfung, ohne Scham an ihrem Kopfe den Vermerk trägt: „Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.“

Wenn die Fahne triumphierend verkündet: „Die Geschichte hat mit durchschlagender Eindeutigkeit die Überlegenheit des Leninismus über alle ihre Strömungen gezeigt“, so zeigt gerade der Abhand der Geschichte, und die Politik der KPD, die überlegene Bedeutung des Luxemburgismus für den Klassenkampf. Darüber in einem nächsten Artikel.

Eroberungsstaktik im Konkurs

Der Allgemeine Konsumverein Halle ist tot, erdröselt. Die Leidtragenden gaben sich vorige Woche im Schwurgericht Halle ein Stelldichein, das so stark besucht war, daß der große Saal kaum ausreichte. Die Wutstürme, die sich zu dramatischen Szenen steigerten, waren der Grundesser dafür, wie nahe dies den Proleten ging, die zu ihren verlorenen Sparpfennigen, jetzt von „rechtswegen“ noch große Summen dazu zahlen mußten.

Aus der Masse wurden 17.000 Mark gelöst, wovon aber der Konkursverwalter allein 300 zu bekommen hätte. Die Summe reicht nicht mal aus, die Ansprüche festzustellen. Ein solches Verfahren würde allein 25000 Mark erfordern. Um das Haft-verfahren für die Lieferanten einzuklinken, dazu waren weitere 75.000 Mark erforderlich. Die Gläubiger werden die 100.000 Mk. wohl nicht aufrufen können, weil sie auch pleite sind, und so wird es wohl bei der Einspernung der verantwortlichen Ge-schäftsführung bleiben.

Die letzte Leinwand, die die Hände beissen, war „Kommunistisch“. Die Sozialdemokratie steht am Grabe und heult. Und die KPD-Proletariat lernen nicht daraus. Der KPD war es nämlich gelungen, den Konsumverein zu „erobert“, und taufte ihn in ihren politischen Kampfbegriffen: „Kommunistischer Konsumverein“. „Rotes Provinzialamt Mitteldeutschlands“. Und die SPD tat, was keinem politischen ABC-Schützen zweifelhaft war, die SPD boykottierte ihn, der Bankrott war bei der „Eroberung“ so sicher wie Adams Eises Rechenexempel.

Die KPD hat 10 Jahre die besten Kräfte ihrer Proletariat vergeudet, ihre besten proletarischen Kräfte ausgeschlossen, alle Mitglieder wild gemacht im „Kampf“ um die Eroberung der Gewerkschaften. Die bürgerlichen politischen Kräfte des ZK haben 10 Jahre lang in Gewerkschaften, Konsumvereinen, der Volkshilfe, in Sport- und Kulturvereinen solche „Eroberungen“ gemacht wie in Halle; sie werden es nie lernen, dem Proletariat die Abrechnung beim Ver-saufen ihrer Pfünden. Die Arbeiter aber sollten doch begreifen lernen, daß man nicht ein Stück Konterrevolution, ein Stück Kapitalismus erobern kann, sondern nur die gesamte Wirt-

Marx als ökonomischer Forscher

Die Darlegung der Entstehung des Mehrwerts aus dem Ge-brauch der reaktanten Ware Arbeitskraft ist sicher einer der Teile der Lehre von Marx, der am populärsten und wirkungsvollsten geworden ist.

Der Wert der Ware Arbeitskraft wird bekanntlich bestimmt wie der Wert jeder Ware durch die Menge der zu ihrer Her-stellung oder Wiederherstellung aufzuwendenden Arbeit, die sich diesen Fälle in den Lebensbedarfsartikeln verkörpert hat, die je nach dem Grad der historischen und kulturellen Entwic-klung von der Arbeiterklasse als unbedingt notwendig zur Exi-stenzführung (Wiederherstellung der ausgegebenen Arbeits-kraft) erachtet werden. Die so reaktante Arbeitskraft tritt nun im Arbeitsprozeß in Aktion, d. h. sie schafft nun ihrerseits Wert, neuen Wert. Das Wertprodukt der Tagesarbeit ist von einer gewissen Stufe der Produktivität ab größer als der Tageswert der Arbeitskraft. Diesen Mehrwert eignet sich der Kapitalist als Besitzer der für den Arbeitsprozeß unentbehrlichen Produk-tionsmittel an. Damit ist es oft allemal die primitive Vor-stellung von einem „gerechten Arbeitslohn“ widerlegt, ist dem Reformismus in der Arbeiterbewegung jede theoretische Grund-lage entzogen.

In seiner Schrift: „Die Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms“ sagt Marx: „Das System der Lohnarbeit ist ein System der Lohndiener, die in demselben Maße härter wird, wie sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit ent-wickeln, ob nun der Arbeiter bessere oder schlechtere Zahlung empfangt.“ Es ist eine beliebte Fälschung der bürgerlichen Marx-Kritiker, daß Marx unter der mehrwerttheoretischen, also ausgebeuteten Arbeit, nur die eigentliche Handarbeit verstanden habe. Man hoffte wohl, so die intellektuellen Lohn-arbeiter vor der Inflation mit Marxismus zu bewahren. Dem gegenüber muß hier entstrichen werden, daß Marx zum kapitalistisch-produktiven Arbeiter rechnete, „alle, die zur Produk-tion der Ware in der einen oder der anderen Weise mitarbeiten, vom eigentlichen Handarbeiter bis zum Leiter oder Ingenieur (als Unterscheid vom Kapitalisten).“ (Theorie des Mehrwerts, Band I, Seite 283.) Womit natürlich nicht bestritten werden soll, daß das Kapital die obersten Spitzen dieser intellektuellen Lohnarbeiter durch Beutenehmen am Mehrwert zu beschützen sucht und daß weitere Schichten durch ihre soziale Tradition der Wirklichkeit gegenüber auf längere Zeit blind gemacht werden.

Die Arbeit schafft den Mehrwert (Profit), aber der Kapi-talbesitz „verschafft“ dem Kapitalisten den Profit, und daher auch zeigen die kapitalistisch erzeugten Waren die Tendenz, sich nicht mehr als völlig „wertgleichende“, sondern als „profit-able“ auszutauschen. Die Konkurrenz der Kapitalisten durch Ein- und Auswanderung zwischen den verschiedenen Produk-tionsfeldern wirkt in der Tendenz auf eine solche Durch-schnittsprofitrate hin. Ein durchschnittliches Profitniveau wird

aber nur hergestellt, wenn „die Waren nicht einfach als Waren ausgetauscht werden, sondern als Produkte von Kapitalisten, die im Verhältnis zu ihrer Größe Teilnahme an der Gesamtmasse des Mehrwerts beanspruchen.“ (Siehe: Kapital, Band III, Seite 154.)

So vollzieht sich die Umfindung des Wertes zum Produktionspreis, der sich zusammensetzt aus dem Wert der Waren, die zum vorgeschossenen Kapital, plus dem durch die Entwicklung der durch die Ausbeutung der Profitraten entsteht. Damit hatte Marx seine Werttheorie in genialer Weise zur Produktions-preistheorie ausgebaut. Der Wert der Waren erscheint un-mittelbar nur noch in dem Einfluß der wechselnden Produktiv-keit der Arbeit auf Sinken und Steigen der Produktionspreise auf ihre Bewegung, nicht auf ihre letzten Grenzen.“ (Kapital, Bd. IV, 364.) In der populären Darstellung ist mit wenigen Aus-nahmen diese Produktionspreistheorie unberücksichtigt ge-blieben. Zur Klärung des Wesens der Ausbeutung, der Natur des Mehrwerts mag auch die Werttheorie, wie sie der erste Band des „Kapitals“ aufzeigt, genügen. Aber eine ernst-haftere Beschäftigung mit Marx ökonomischen Lehren kann an den späteren Bänden des „Kapitals“ nicht blind vorübergehen. Der Motor in der Gesamtentwicklung des Kapitalismus ist das Streben nach Steigerung des Profits. Das führt zur Stei-gerung der Produktivität, zur Steigerung des Ausbeutungsgrades der Arbeit und zum Drange nach monopolistischer Ausschalt-ung der freien Konkurrenz. In gleicher Weise wirkt auch das Streben des Kapitalisten, dem Fall der Profitrate vorzubeugen, wie er aus der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktiv-keit der Arbeit folgt, da ein immer größerer Teil von totem (Sach-)Kapital von der allein mehrwerttheoretischen Lohnarbeit „verarbeitet“, also in Bewegung gesetzt wird. Dadurch er-fährt dann die Preisgestaltung auf dem Warenmarkt noch eine weitere Modifikation, die aber in letzter Linie die Eigen-schaft der Waren, die sie als Produkte nicht auf die Dauer in der Luft schweben kann. Andererseits ist es gerade diese monopolistische Entwicklung des Kapitalismus, die die Ausbalancierung des auch für die Selbsthaltung der kapital-istischen Gesellschaft Notwendigen immer unmöglicher macht und damit den Zusammenbruch dieses Systems beschleunigt und in sich schließt.

Nur der „trügerische Schein der Dinge“ ist es, der auf der Oberfläche der Wirtschaft der Marx'schen Theorie zu wider-streiten scheint. Wissenschaftliche Wahrheiten sind stets para-dox, im Widerspruch mit der alltäglichen Beobachtung. Es ist aber auch paradox, daß die Erde sich um die Sonne bewegt und das Wasser aus zwei entgegengesetzten Gasen besteht, sagt Marx einmal. Wie vermöchte man z. B. mit dem in der bürgerlichen ökonomischen Weltanschauung Gesetz von Angebot und Nachfrage, das gewiß die Oberfläche der Preisbewegungen in Bewegung hält, die Grundverhältnisse der Durchschnittspreise der verschiedenen Warengruppen zu erklären? Ohne Marx tapete man das voll möglich im Dunkeln.

